

Der Waffenhandel ist ein Bombengeschäft

Die westliche Welt beklagt den Krieg und das Leid im Nahen Osten. Gleichzeitig läuft der Rüstungshandel wie geschmiert.

GUDRUN DORINGER

Andrew Feinstein war Parlamentsabgeordneter in Südafrika, als das Land entschied, 300 Millionen US-Dollar für Waffen auszugeben, die es nicht brauchte. Das geschah zu einer Zeit, als die Regierung behauptete, kein Geld für Medikamente zu haben. Feinstein schied aus der Politik aus und schaut seiner Regierung auf die Finger, die das nicht wollen.

SN: Europa rühmt sich, ein Friedensverbreiter zu sein. Wie viel Frieden verbreitet es tatsächlich?

Feinstein: Europa und die USA sind mit der Grund dafür, warum der Nahe Osten so ist, wie er heute ist. Die Waffenindustrie Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs und der Niederlande, in geringerm Ausmaß auch jene Österreichs, der Schweiz und Norwegens sind mitverantwortlich dafür, dass sich die Konflikte derart verschärfen haben.

Ich gebe Ihnen ein aktuelles Beispiel, aber zunächst eines, das es zurücklegt: Als Muammar al-Gaddafi noch Machthaber in Libyen war, haben die NATO-Länder, im Besonderen die europäischen, absurde Mengen an Waffen an ihn verkauft. Der deutsche Konzern Ferrorstal hat ihm sogar Schmiergeld in Höhe von 333 Millionen Euro bezahlt, um sicherzustellen, dass die Verträge weiterlaufen. Da waren so viele Waffen, dass Libyen nicht einmal die personelle Power gehabt hätte, sie zu benutzen. So lagerten sie in Hallen überall im Land. Als die Rebellen Gaddafi attackierten und die NATO beschloss, sie mit Luftangriffen zu unterstützen, war das Erste, was die europäischen Jets in Libyen machten: Sie versuchten, die Waffen zu zerstören, die Europa zuvor an Gaddafi verkauft hatte. Sie haben nicht alles geschafft. Ein großer Teil ist auf dem Schwarzmarkt gelandet. In Nordafrika, im Nahen Osten und wer weiß, wo noch. Und wenn Sie die Situation im Moment anschauen: Es gibt Beweise, dass Waffen, exportiert von Großbritannien, Deutschland und Frankreich, in Bodenkämpfen im Jemen, in Syrien und bei den Attacken auf die Kurden eingesetzt werden.

SN: Auf Terror reagieren wir mehr mit Sicherheit, mehr Eingreifen in unsere Privatsphäre,

Einbußen unserer Freiheit. Wieso werden nicht auch die Freiheiten der Waffenindustrie beschränkt?

Die Waffenindustrie ist mit den Regierungen so eng verstrickt, dass sie ein Motor der Außenpolitik geworden ist. Die Waffenproduzenten sind Wahlkampfheifer politischer Parteien oder individueller Politiker. Helmut Kohl hat die CDU über Jahre mit Bestechungsgeldern aus einer Menge Waffendeals finanziert. Waffenproduzenten, das Militär, Nachrichtendienste und die Regierungen bewegen sich durch dieselbe Drehtür. Und sie haben einen Konsens: Die Ausgaben für die

„Es gibt keine Kontrolle. Und kein Interesse, daran etwas zu ändern.“

Andrew Feinstein, Autor

Diplomatie werden reduziert, die für die Kriegsführung erhöht. Nach 9/11 wurde dem Terror der Krieg erklärt – was unmöglich ist. Aber es verliert vielen die Lizenz, einen endlosen Krieg zu führen. Darin leben wir jetzt.

Hat uns das irgendwie sicherer gemacht? Nein. Es hat in Wahrheit genau das Gegenteil bewirkt. Viele der militärischen Operationen haben mehr Terroristen hervorgerufen, statt weniger. Wir pumpen riesige Summen in die Waffenproduktion, eine Übersicht zu behalten spielt keine Rolle. Wir kontrollieren nicht, was mit diesem Geld, mit diesen Waffen geschieht.

Zudem ist der Waffenhandel für mehr als 40 Prozent der Korruption im gesamten Welthandel verantwortlich. Die Regierungen profitieren von dem Handel. Es ist ein Teufelskreis. All das findet statt hinter dem Schleier von zur nationalen Sicherheit erklärten Geheimhaltung.

SN: Gibt es eine Möglichkeit zu kontrollieren, wo Waffen hingelangen?

In der Theorie schon. Die europäischen Länder haben zum Beispiel nationale Gesetze dafür. Es gibt eine Waffenverordnung der EU. Zudem gibt es einen Waffenkontrollvertrag, der auf Betreiben der Vereinten Nationen 2014 in Kraft getreten ist. Symbolisch war das ein wichtiger Schritt, aber in der Praxis ändert er gar nichts.

SN: Der UNO-Vertrag untersagt den Verkauf von Waffen an Länder, in denen Waffen bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder zum Völkermord eingesetzt werden. Er wirkt nicht. Wieso kann man ihn so leicht umgehen?

Ich gebe ein Beispiel: Es ist im Moment alle europäischen Ländern untersagt, Waffen nach Saudi-Arabien zu liefern. Warum? Weil Saudi-Arabien unter den zehn Ländern auf dem Planeten ist, die die Menschenrechte am grössten missachten. Es hat in den vergangenen zwölf Monaten 147 Menschen geköpft. Das sind mehr, als die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) verbrochen hat. Zudem: Saudi-Arabien ist in Konflikte in Bahrain, in Syrien und im Jemen verwickelt. Kein Land ist laut seinen nationalen Gesetzen und laut EU-Recht befugt, Waffen an Saudi-Arabien zu exportieren. Und dennoch passiert es. In dieser Sekunde. Und nichts wird deswegen passieren. Es gibt Gesetze, die gar nicht so schlecht sind, aber es

gibt keine Kontrolle. Und kein Interesse, daran etwas zu ändern. Die Länder können in Wahrheit machen, was sie wollen. Es macht im Übrigen keinen Unterschied, ob ich Waffen verkaufe oder das Know-how, sie zu bauen. In gewisser Weise ist das sogar gefährlicher.

SN: Mit dem Waffenhandel ist es ähnlich wie mit dem CO₂-Ausstoß. Nur wenn alle aufhören, wird sich etwas ändern. Gibt es überhaupt Länder, die das wollen?

Ich studiere diesen Markt seit 15 Jahren. Das einzige waffenproduzierende Land, das dieses Thema einmal angehen wollte, ist Norwegen, aber auch das war die vergangene Regierung. Und da ist natürlich Costa Rica, das seine Armee abgeschafft hat.

SN: Was wäre der ideale Kontrollvertrag?

Er wäre ausgesprochen simpel. Es braucht Transparenz – die muss ja nicht einmal für die Öffentlichkeit

sein. Ich verstehe, dass Themen, die die nationale Sicherheit betreffen, per se nicht für jeden zugänglich sein können. Ich bin kein Pazifist. Ich glaube, dass die Welt ein instabiler und verrückter Ort ist. Wir brauchen Waffen, aber wir brauchen Kontrolle darüber. Und keine Komitees, die aus den Freunden der Regierenden bestehen. Es braucht eine unabhängige Kontrolle.

Der Entscheidungsprozess über Waffendeals muss aus der Hand der Regierenden. Das klingt schwierig? Bei der Pharmaindustrie geht es doch auch. In England ist es schwieriger, ein neues Medikament auf den Markt zu bringen als eine neue Waffe. Und die ist tödlich.

Andrew Feinstein ist Autor des Buches „Waffenhandel. Das globale Geschäft mit dem Tod“ und Gründungsleiter der Non-Profit-Organisation Corruption Watch UK.



Österreichs Waffen sind begehrt Sicherheitskräfte und Terroristen kämpfen damit

Österreichs Waffen sind weltweit begehrte Güter: Steyr-Mannlicher und Glock sind zwei der wichtigsten heimischen Waffenfirmen. Beide beliefern Polizei und Heere in der ganzen Welt, aber auch private Abnehmer. Steyr-Mannlicher liefert etwa das Sturmgewehr STG AUG an Sicherheitskräfte in den USA, Tunesien, Luxemburg oder Neuseeland. Die Firma produziert auch Jagdwaffen. Glock-Pistolen sind bei der norwegischen Armee, der Londoner Polizei, bei der deutschen Exekutive und bei einem Großteil der US-amerikanischen Polizeikräfte im Einsatz.

Zu diesen beiden Unternehmen kommt noch eine Reihe von österreichischen Munitionsherstellern oder Produzenten von Militärfahrzeugen. Insgesamt wird der Umsatz von den rund 100 Unternehmen im Jahr 2014 laut Wirtschaftskammer auf 2,5 Milliarden Euro geschätzt. 11.000 direkte Beschäftigte und 20.000 indirekt Beschäftigte arbeiten demnach in der heimischen Rüstungsindustrie.

Aus Österreich wurde in den Jahren 2010 bis 2014 laut dem Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI) Kriegsergänzung im Wert von 157 Millionen US-Dollar exportiert. Dazu zählt SIPRI: Fluggeräte, militärische Fahrzeuge, Artillerie, Motoren für militärisches Gerät und Geschütze, die an Fahrzeuge, Schiffe und Fluggeräte befestigt werden. Handfeuerwaffen oder Sturmgewehre werden von dem Institut nicht mitgezählt. Der Waffenexport aus Österreich dürfte weit höher liegen. Denn laut Wirtschaftskammer liegt der Exportanteil von den 2,5 Milliarden Euro Jahresumsatz der heimischen Rüstungsbranche bei 94 Prozent. Der Waffenexport ist in Österreich streng geregelt. Für die Ausfuhr von Kriegsmaterial ist das Außenministerium zuständig, das Außenministerium muss zustimmen und das Verteidigungsministerium wird befragt. Dessens Experten prüfen die sicherheitspolitische Lage des Landes, in das die Waffen geliefert werden sollen. Krieg oder Menschenrechtsverletzungen sind Gründe dafür, dass ein Waffendel nicht zustande kommt.

Obwohl die Exportvorschriften streng sind, tauchen heimische Waffen immer wieder in Krisengebieten auf. Im Internet häufen sich die Bilder aus dem Syrien-Krieg, auf denen Gewehre zu sehen sind, die dem österreichischen Sturmgewehr STG AUG ähneln. Ob es sich um Fälschungen oder Waffen aus Lieferungen an Saudi-Arabien handelt, kann nur mit der Seriennummer festgestellt werden. Für Aufsehen sorgten auch islamisten der Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria, die mit einem österreichischen Panzer kämpften. Wahrscheinlich stammt er von einem Verkauf an Nigeria in den 1980er-Jahren. Zuletzt gab es Aufregung um einen Granatendeckel mit dem saudischen Regime im Jahr 2010. 2014 sollen die Granaten gegen Oppositionelle eingesetzt worden sein. In den Krisenländern Jemen und Somalia tauchten zuletzt österreichische Drohnen auf. Weil Drohnen für zivile oder militärische Zwecke eingesetzt werden können, werden sie als Dual-Use-Güter bezeichnet. Deren Ausfuhr wird weit weniger streng kontrolliert. **Marian Smetana**